

# Der Armeechef stemmt sich gegen Microsoft

Thomas Süssli fordert von der Bundeskanzlei eine eigene IT-Infrastruktur für sensible Daten. Diese gibt sich unbeirrt.

Von Adrienne Fichter, 31.10.2025

Es ist eine komplizierte Geschichte, die schon mehrfach die Eidgenössische Finanzkontrolle auf den Plan rief. Die Bundeskanzlei beschloss vor zwei Jahren, dass die ganze Bundesverwaltung ihre IT-Infrastruktur in die Cloud von Microsoft migrieren soll. Es wurde entschieden, einen grossen Teil der behördlichen Dokumente, Mails, Chats und Telefonate über die Server des Tech-Konzerns laufen zu lassen. Aus diesem Grund arbeitet heute ein grosser Teil der Verwaltung mit Microsoft-Produkten, die in den Rechenzentren des US-Konzerns bewirtschaftet werden.

Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat diesen Prozess bereits mehrfach kritisiert – wegen der fehlenden Datenschutzabklärungen und der unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen des Bundes. In einem Bericht bemängelte sie auch die Vertraulichkeitsklassifizierung der Dokumente durch die Bundeskanzlei. Diese sei uneinheitlich erfolgt.

Genau diese Klassifizierungsmängel wirken sich jetzt auch auf die Armee aus. Aus diesem Grund schickte Armeechef Thomas Süssli am 18. September einen Brief an Daniel Markwalder, den Leiter des Bereichs Digitale Transformation bei der Bundeskanzlei. Die Republik hat auf der Grundlage des Öffentlichkeitsgesetzes Einblick in das Schreiben bekommen.

Der Armeechef schreibt darin sinngemäss, dass die Tools von Microsoft auf den Rechnern des US-Konzerns für die Schweizer Armee unbrauchbar sind. «Gegenüber der bisherigen Softwarelösung bietet M365 (Büroprogramm in der Microsoft-Cloud, Anm. d. Red.) für die Gruppe Verteidigung keinen Mehrwert.»

Süssli verweist auf eine Klassifizierungsrichtlinie des Bundes: Dieser gemäss dürfen «interne» und «geheime» Dokumente nicht oder nur eingeschränkt in der Microsoft-Cloud und ihren Anwendungen bearbeitet werden. Als «interne» Dokumente sind

beispielsweise Truppenübungsberichte klassifiziert, als «geheim» etwa Einsatz- oder Operationspläne für Spezialkräfte. Insider schätzen, dass bei der Armee rund 90 Prozent aller Daten entweder als «intern» oder als «geheim» gelten. «Aufwand wie Kosten stehen dabei in keinem Verhältnis zum tatsächlich reduzierten Mehrwert der Plattform», schreibt Süssli denn auch in seinem Brief.

Er fordert von der Bundeskanzlei und vom Bundesamt für Informatik und Telekommunikation die Prüfung einer Private-Cloud-Lösung für die Bedürfnisse der Armee. Damit würde eine eigene IT-Infrastruktur für sensible Daten geschaffen, die den notwendigen Schutz gewährleisten könnte. Zudem verlangt Süssli eine schnellstmögliche Exit-Strategie aus der Microsoft-Cloud und eine unabhängige Open-Source-Lösung, an der sich die Armee beteiligen würde.

---

### So machen Sie sich selbst unabhängig von Big Tech



Das Problem ist augenscheinlich. Zeit, etwas zu unternehmen. In unserem Newsletter «Bye-bye Big Tech» zeigen wir Ihnen in 5 Teilen und 5 Wochen, wie Sie digital unabhängiger werden – ohne auf Komfort zu verzichten. Jede Woche widmen wir uns einem Bereich Ihres digitalen Alltags, mit klaren Empfehlungen und einfachen Anleitungen zum Umstieg. [Jetzt anmelden oder weiterempfehlen.](#)

---

Damit reiht sich die Schweizer Armee in einen aktuellen Trend ein: Auch die österreichische Bundeswehr hält die Nutzung einer amerikanischen Cloud aufgrund eigener Risikoanalysen für zu heikel. Sie nutzt jetzt Libre Office, ein Open-Source-Programm, das Textverarbeitung, Tabellenkalkulation und Präsentationen ermöglicht. Die deutschen Bundesländer Schleswig-Holstein und Thüringen sind ebenfalls zu guten Teilen auf nicht amerikanische Alternativen umgestiegen. Trotzdem ist das Gros der europäischen Regierungen – ob national, regional oder kommunal – noch immer Microsoft-Kunde. Das gilt auch für die Schweiz.

Gegenüber der Republik lehnte Süssli eine Stellungnahme zu seinem Brief ab. Doch für Insider ist klar, was der Hintergrund seiner Kritik ist. Die Führungsriege der Armee möchte eine IT-Infrastruktur, die auch im aktuellen geopolitischen Klima als sicher und digital souverän gelten kann. Und das heisst vor allem: eine IT-Infrastruktur, die vor Zugriffen durch die US-Regierung geschützt ist. Welche Daten aus der Microsoft-

Cloud zum US-Konzern und damit potenziell an die US-Regierung abfließen, bleibt nämlich eine Blackbox.

Ebenso verwundbar wäre die Schweizer Armee, sollte die US-Regierung im Ernstfall eine «Deaktivierung» von Microsoft anordnen. Auch aus diesem Grund möchte die Armee eine IT-Lösung, die die Schweiz in Eigenregie betreiben kann.

Süsslis Brief dürfte zudem das Ziel haben, das Projekt «Boss» voranzutreiben, wie Insider sagen. Im Rahmen von «Boss» will die Bundeskanzlei die Open-Desk-Lösung des Zentrums für Digitale Souveränität aus Deutschland testen, eines IT-Dienstleisters für den öffentlichen Sektor (der neu auch mit dem von US-Sanktionen betroffenen Internationalen Strafgerichtshof zusammenarbeitet). 2026 soll dazu ein Machbarkeitsbericht vorliegen.

Das Schreiben des Schweizer Korpskommandanten ist starker Tobak für die Bundeskanzlei, die der Überzeugung ist, alle Hausaufgaben rund um das heikle Microsoft-Cloud-Projekt des Bundes erledigt zu haben. Die Behörde möchte zum Süssli-Brief jedoch keinen Kommentar abgeben und hält an ihrem Fahrplan für die Cloud-Migration weiterhin fest.

Was die Prüfung der Open-Source-Alternative Open Desk angeht, dämpft die Bundeskanzlei vorausseilend die Erwartungen: «Aktuell laufen Benutzertests. Die Bundeskanzlei geht jedoch davon aus, dass eine spätere reguläre Umsetzung die Microsoft-Büroautomation nur teilweise ersetzen kann.»